

Link zum Original: https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/erneuerbare-energien-deutsche-windbranche-kritisiert-schleppenden-ausbau-und-ist-selbst-teil-des-problems/23217662.html?fbclid=IwAR2-AulsW5aDR-wRNMvo-KUIk_-z57SgKF5X6OCmQBkVYWBGPXyrvIEGGRo&ticket=ST-3625902-6bMg5xJqtEm7i66luj55-ap2



Windkraftanlagen Von den 670 Megawatt, die durch die Bundesnetzagentur vergeben werden sollten, konnte gerade etwas über die Hälfte, also 363 MW, bezuschlagt werden. (Foto: dpa)

ERNEUERBARE ENERGIEN

Deutsche Windbranche kritisiert schleppenden Ausbau – und ist selbst Teil des Problems. Bei der aktuellen Ausschreibung für Windenergie sind so wenig Gebote eingereicht worden wie nie zuvor. Verantwortlich dafür ist nicht nur die Politik.



Kathrin Witsch

23.10.2018 - 06:28 Uhr

Düsseldorf Seit Monaten warnt die deutsche Windkraft vor einem „Fadenriss“, sollte die Politik ihre Ausbauziele nicht wie versprochen erhöhen. Da könnte manch einer stutzig werden, wenn er einen Blick auf die Ergebnisse der jüngsten Ausschreibungen für Windenergie an Land wirft.

Von den 670 Megawatt (MW), die durch die [Bundesnetzagentur](#) vergeben werden sollten, konnte gerade etwas über die Hälfte, also 363 MW, bezuschlagt werden. Es fehlte schlicht und ergreifend an Geboten. Für die Windindustrie ist der Schuldige schnell gefunden: Die Politik verunsichere die Branche. Dabei könnte hinter dem gesunkenen Interesse auch strategisches Kalkül stecken.

Seit einem Jahr nun muss die subventionsverwöhnte Windindustrie im freien Wettbewerb um die Höhe ihrer Fördergelder streiten. Ein massiver Preisverfall war zwar genau das, was die Politik damit im Sinn hatte, gleichzeitig bricht damit aber auch der Markt für Windkraft hierzulande erst einmal ein.

Weil viele Projektentwickler sich nicht mehr in der Lage sehen, Windparks ohne Verluste zu bauen, geben sie den Kostendruck an die Turbinenhersteller weiter. In der Folge kämpfen Branchenriesen wie [Siemens Gamesa](#), Enercon, [Nordex](#) oder [Senvion](#) mit sinkenden Umsätzen und erodierenden Gewinnen und bauen reihenweise Stellen ab.

Seit der ersten Auktion im Mai 2017 sinken aber nicht nur die Aufträge für die deutsche Windindustrie, auch die eingereichten Gebote wurden stetig weniger. Waren es im Mai vergangenen Jahres noch 256, sind es im Oktober 2018 nur noch 62.

Dafür gibt es laut Dirk Briese, Geschäftsführer des Marktforschungsunternehmens Windresearch, zwei Gründe: „Wenn nur so wenige Gebote eingereicht werden, dass die ausgeschriebene Menge voraussichtlich nicht überschritten wird, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass auch ein relativ hohes Gebot einen Zuschlag bekommt. Darauf spekulieren die Projektierer natürlich teilweise.“

Dafür spricht, dass der durchschnittliche Zuschlagswert, also die Höhe der Vergütung pro Kilowattstunde (kWh), in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen ist. Von einem zwischenzeitlichen Tief bei 3,28 Cent auf aktuell 6,29 Cent pro kWh – dem zulässigen Höchstwert bei Ausschreibungen für Onshore-Wind.

„Natürlich warten einige mit ihrem Gebot, weil sie auf bessere Rahmenbedingungen hoffen“, heißt es aus Branchenkreisen. Aber das Gros der Masse sei das nicht. Zugelassen für die Ausschreibungsrunde im Oktober waren Projekte in einem Umfang von 921 MW, aber nur etwas mehr als ein Drittel der Menge beteiligte sich am Ende auch an der Auktion.

Der Bundesverband Windenergie (BWE) sieht den Grund dafür in immer länger dauernden Genehmigungsverfahren. „Angesichts enger Umsetzungsfristen nach einem Zuschlag blockieren juristische Auseinandersetzungen regelmäßig die Teilnahme an Ausschreibungen.“

Der BWE geht davon aus, dass davon aktuell circa 400 Megawatt betroffen sind. „Auf lokaler Ebene erfahren wir ein hohes Maß an Blockade. Der Widerstand auf Landesebene und regional ist in den vergangenen Jahren größer geworden“, beobachtet auch Christian Schnibbe, Sprecher des Windparkentwicklers WPD, einer der größten Projektierer hierzulande.



VESTAS: Der größte Windkonzern der Welt streicht 400 Stellen

Obwohl die Zustimmung für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland laut einer Umfrage der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) im Oktober bei 93 Prozent lag, **wird die Zahl der Windkraftgegner immer größer – und sie gewinnen an Schlagkraft.**

In Brandenburg, Deutschlands drittgrößtem Windstandort, hat Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) eine geplante Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die Windkraftbefürworter als Kriegserklärung an die gesamte Branche bezeichnen. Der [SPD](#)-Politiker will betroffenen Gemeinden unter anderem mehr Mitspracherecht und finanzielle Teilhabe ermöglichen, in erster Linie geht es aber um die Abschaffung des Windkraftprivilegs im Baugesetzbuch.

Demnach dürfen Windkraftanlagen grundsätzlich überall gebaut werden. In dieselbe Richtung marschiert auch die schwarz-gelbe Regierung in Nordrhein-Westfalen. Hier will Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) eine pauschale Abstandsregelung von Windanlagen zu Wohngebieten von 1500 Metern gesetzlich festschreiben lassen. Entsprungen sind die Vorhaben der Politik aus einer steigenden Windkraftresistenz seitens der Wähler.

Windräder setzen Bestand von bedrohten Tierarten weiter unter Druck

„Der Widerstand aus der Bevölkerung wird immer größer, die Klagen immer häufiger. So kann sich ein Genehmigungsverfahren für einen Windpark schon einmal über Jahre hinziehen“, erklärt Windexperte Briese. Genau da sieht auch WPD-Sprecher Schnibbe das größte Problem. „Wir haben derzeit schlicht und ergreifend nicht genug Genehmigungen.“ Das läge einerseits an gestiegenen Auflagen, „andererseits aber auch an den zunehmenden Klagen von Naturschutzverbänden, Bürgerinitiativen und Co., was die Verfahren in die Länge zieht.“ Eine Klage kann nämlich selbst dann noch eingereicht werden, wenn der Windpark bereits genehmigt worden ist. Und nicht selten geht es um dabei um Rotmilan, Schreiadler oder Fledermaus. Windräder setzen den Bestand der ohnehin schon bedrohten Tierarten unter Druck. Die Problematik der Genehmigungsdauer sieht auch der Naturschutzbund (Nabu). Schließlich stehe man in regelmäßigen Kontakt mit Windradbetreibern.

„Natürlich sind wir für die Energiewende und auch für den Ausbau der Windenergie, aber eben naturverträglich“, sagt Inga Römer, Expertin für Windkraft und Naturschutz beim Nabu. Bei Protesten aufgrund von Lärmschutz, Landschaftsbild oder Nähe zu Wohnsiedlungen halten die Naturschutzorganisationen sich allerdings raus. Hier hilft nur eine gute Kommunikation zwischen Kommunen und Branche.



Nur wenig Windstrom ist jederzeit verfügbar

Darüber hinaus sieht der Bundesverband Windenergie den effektivsten Hebel bei einer Beschleunigung der Genehmigungen. Dass zwischen Antragsstellung und Genehmigung inzwischen regelmäßig mehr als 500 Tage lägen, sei ein nicht zu akzeptierender Zustand. „Die Verfahren müssen einfacher und deutlich schneller werden. Sonst können weder die notwendigen Klimaziele der Bundesregierung, noch die Vorgaben aus Brüssel erreicht werden“, warnt Schnibbe.

Allerdings: Wenn schon wenige Bürger der beschaulichen Odenwald-Region in Südhessen es bei ihrem Protest gegen die Windmühlen auf aktuell ganze 14 Klage- und Eilverfahren beim Verwaltungsgericht in Darmstadt bringen, scheint die Aussicht auf beschleunigte Prozesse in weiter Ferne.